

# Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen



**LSU**

## Neue Zeit. Neuer Vorsitzender.

### NEUER VORSTAND

Die LSU setzt die Segel für die kommenden Jahre der Opposition

Ab Seite 6

### DER NEUE CHEF

Nun also Friedrich Merz. Was bedeutet die Personalie für die LSU?

Ab Seite 4

### LANDTAGSWAHL

Niedersachsen springt weiter, sagt die CDU. Die LSU springt mit.

Ab Seite 8

JANUAR 2022

## Moin!

**E**s gibt, mit Ausnahme der religiösen Sphäre vielleicht, keine absoluten Wahrheiten; schon gar nicht in der Politik. Alles was uns heute als unumstößliche Gewissheit gilt, kann bereits in ein paar Jahren als irrationale Verirrung abgetan werden. Eigentlich eine Binse. Dennoch scheint es notwendig, zu Beginn des neuen Jahres an eine der christdemokratischen Grundüberzeugung zu erinnern. Immer geht es daher um unterschiedliche Meinungen, Standpunkte und Interessen, die in einen Ausgleich zu bringen sind. Im politischen Bereich ist es also nur folgerichtig und unerlässlich, unterschiedliche Positionen erst einmal zu formulieren.

Die LSU hat dies schon einmal versucht und im Rahmen der letzten Bundesmitgliederversammlung eine „Berliner Erklärung“ verabschiedet, die christdemokratische LSBTI-Politik umreißen soll (Seite 7). Denn, bürgerliche LSBTI-Politik sollte andere Akzente setzen als grüne, freidemokratische oder sozialdemokratische, um unterscheidbar zu sein und damit auch dem durchaus vorhandenen bürgerlichen Teil der Community ein Angebot zu machen. Wie sich der Verband insgesamt im Hinblick auf die vor uns liegenden Oppositionsjahre aufstellt, schildern wir auf Seite 6.

Um Neujustierung und Standortbestimmung wird es auch auf

dem CDU-Bundesparteitag – pandemiebedingt erneut digital – am kommenden Sonnabend gehen. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Die Wahl einer neuen Parteispitze rund um den von der Überwältigenden Mehrheit der Mitglieder bereits gesetzten Friedrich Merz. Dass dieser bei weitem nicht der „Gottseibeius“ ist, als den ihn Teile der Medien und der Community etwas holzschnittartig gerne sehen wollen, zeigen wir auf den Seiten 4 und 5.

Es ist eben auch hier, wie so oft, alles etwas komplizierter, als der nach einfachen Antworten lechzende Mensch es gerne hätte. Aber das ist noch so eine christdemokratische Überzeugung: Den Menschen eben genau so zu akzeptieren, wie er nun einmal ist. In all seiner Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit. Umerziehen, das lehrt alle Erfahrung, lässt er sich jedenfalls nicht ohne weiteres. Deswegen werfe ich auf Seite 8 auch einen kritischen Blick auf das Rechtsgutachten zur gendergerechten Verwaltungssprache in Hannover, das der Landeshauptstadt einmal mehr nationale Aufmerksamkeit beschert hat.

Die gewohnten Kurzmeldungen, diesmal zum Weihnachtsgruß des CDU-Landesvorsitzenden, dem neuen Queer-Beauftragten der Bundesregierung, zum Stadt-

kulturpreis für den hannoverschen „andersraum e.V.“ (Seite 3) und ein Blick auf den Prozess zum Regierungsprogramm der Niedersachsen Union, zu dem auch die LSU einen Beitrag eingereicht hat, runden den Neujahrs-Newsletter ab. Ich wünsche wie immer eine spannende und anregende Lektüre.

Ihr und Euer

**Sven Alexander van der Wardt**  
Landesvorsitzender  
LSU in Niedersachsen





Foto: Screenshot CDU in Niedersachsen

## LSU im Weihnachts-Video der Landespartei dabei

Was wünscht sich **Sven Alexander van der Wardt**, Landesvorsitzender der LSU in Niedersachsen, für das neue Jahr? „Toleranz, denn Vielfalt ist gut und wichtig“, sagte er in der Videobotschaft der Landespartei, die kurz vor Weihnachten auf den Social Media-Kanälen der Niedersachsen Union veröffentlicht wurde. Mehrere Parteimitglieder und auch der CDU-Landeschef **Bernd Althusmann** äußerten sich in dem Spot mit dem Namen „Niedersachsens Wunschzettel“.



Foto: Polina Schneider

## Andersraum erhält den Stadtkulturpreis

Ende November wurde der Andersraum e.V. vom Freundeskreis Hannover mit dem Stadtkulturpreis ausgezeichnet. Alljährlich werden so Menschen oder Institutionen geehrt, die sich durch ihr Engagement in besonderer Weise um die hannoversche Stadtkultur verdient gemacht haben. Der Andersraum, der in Hannover etwa das queere Zentrum und das queere Jugendzentrum betreibt, sowie den CSD organisiert, hat knapp 170 Mitglieder.



Foto: Sven Lehmann

## Bundesregierung ernennt erstmals Queer-Beauftragten

**Sven Lehmann** (Grüne), parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesfamilienministerin, wurde von der Bundesregierung zum ersten Beauftragten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ernannt. Wer sich in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fortan für LSBTI-Belange einsetzen wird, ist derweil noch offen. Bislang galt Stefan Kaufmann als inoffizieller „queerpolitischer“ Sprecher der Fraktion, scheiterte aber am Wiedereinzug in den Bundestag.



Foto: LSU

## Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):  
Dr. Sven Alexander van der Wardt,  
Vorsitzender LSU in Niedersachsen  
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen  
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus  
Hindenburgstraße 30  
30175 Hannover

Internet: [www.lsu-niedersachsen.de](http://www.lsu-niedersachsen.de)  
Facebook: @LSUinNiedersachsen  
Instagram: @lsu\_niedersachsen

# Friedrich Merz wird CDU-Vorsitzender

Und nun? Manch einer fürchtet gesellschaftspolitisch eine Rolle rückwärts. Wir nicht.

**E**s war ein erfolgreicher Coup für beide Seiten – für die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) ebenso wie für Friedrich Merz, den Kandidaten für den CDU-Vorsitz. Als im November die LSU zu ihrer normalerweise alljährlich stattfindenden Bundesmitgliederversammlung zusammentrat, stand überraschend ein besonderer Gast auf dem Tagungsprogramm. Erst wenige Tage zuvor hatte Friedrich Merz seine Teilnahme zugesagt. Die beiden anderen Bewerber, Helge Braun und Norbert Röttgen, konnten der Einladung der LSU aus terminlichen Gründen nicht nachkommen. Röttgen schickte eine Grußbotschaft per Video.

Die Ankündigung der Merz-Teilnahme machte schnell die Runde, mehrere Medien meldeten daraufhin ihr Interesse an einer Berichterstattung an, am Ende kam der „Spiegel“ und berichtete – ein Umstand, welcher der ansonsten eher unbedeutenden Jahreshauptversammlung des parteinahen Vereins sonst nicht zuteilwird. Für Merz bot dieser Termin die günstige Gelegenheit, seinen größten Igemakel auszubügeln, nämlich der Annahme, er sei ein gesellschaftspolitisch Gestriger.

Merz kam, sprach und siegte. Wie die anwesenden Medien anschließend berichteten, habe es zunächst Zögern in den Reihen der LSU-Mitglieder gegeben, das





jedoch rasch Applaus und Jubel gewichen ist und anschließend mit allerlei Gruppenfotos mit dem Kandidaten abgerundet wurde.

Am 17. Dezember dann wurde das Ergebnis des ersten Mitgliedervotums in der Geschichte der deutschen Christdemokratie bekanntgegeben: 62 Prozent der Mitglieder, die ihre Stimme abgegeben haben, votierten für Merz. Ein eindeutiges Ergebnis, trotz dreier Bewerber keine knappe Kiste mehr. Ein Glück für die Union – ein Zeichen für die Geschlossenheit und Einheit. Im Januar nun wird der zweite digitale Bundesparteitag Merz zum neuen Vorsitzenden der CDU wählen, anschließend muss dieses Votum dann wieder per Briefwahl offiziell bestätigt werden. Eine übergroße Mehrheit wird ihm sicher sein, denn Gegenkandidaten wird es nun nach dem Mitgliedervotum gemäß Vereinbarung keine mehr geben. Als mögliche Stellvertreter waren inzwischen Jens Spahn, Silvia Breher, Carsten Linnemann, Serap Güler, Karin Prien und Michael Kretschmer im Gespräch.

**W**as heißt dieses Ergebnis nun für die LSU? Gerade aus dem linken poli-

tischen Spektrum wird Merz noch immer als der Vertreter des Gestern betitelt und vor allem ein Rechtsrutsch der Union prophezeit. Politische Beobachter bewerten die Situation allerdings anders. Bemerkenswert bleibt, dass ausgerechnet die Themen der LSU (von Adoption bis Transsexuellengesetz) vielfach als Exempel herhalten müssen, um das eine oder andere zu verdeutlichen. Die LSBTI-Politik wird häufig als Gradmesser für Modernität und Offenheit verwendet. So schrieb Jan Ross kürzlich in der ZEIT: „Schon jetzt lässt sich absehen, dass Friedrich Merz nicht ins Gestern oder Vorgestern zurückwill. Kürzlich hat er erklärt, dass er seinen früheren Widerstand gegen Adoption durch homosexuelle Paare revidiert habe: Konservativ zu sein heiße auch, ‚immer offen zu sein für gute Argumente.‘“ Das hatte Merz zuvor im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gesagt.

Zuvor hatte Merz schon sowohl in seinem programmatischen Buch „Neue Zeit. Neue Verantwortung“ als auch in seinen Antworten auf die Fragen des LSU-Bundesverbands durchaus zuversichtlich stimmende Positionen eingenommen. Die Anerkennung der LSU als Sonder-

organisation unterstützt er, seine Haltung zur Öffnung der Zivilehe klingt sehr liberal und gegenüber den LSBTI-feindlichen Regierungen in Polen aber vor allem Ungarn will Merz nach eigener Auskunft mehr Härte zeigen.

Dabei geht es uns nicht einmal immer um Zustimmung zu unseren Themen, sondern um eine gewisse stabile Haltung dazu, die eben nicht ins Rechtspopulistische abdriftet. CDU-Kennerin Mariam Lau riet dem neuen Unionschef kürzlich in einem Leitartikel für die ZEIT beispielsweise: „Wenn es 14-Jährigen künftig ermöglicht würde – wie es einige Grüne wünschen – unabhängig vom Willen der Eltern ihr Geschlecht amtlich ändern zu lassen: Da liegt die Versuchung nah, sich Hals über Kopf in den Kulturkampf zu stürzen. Höflich, aber bestimmt zurückweisen, dann zu wichtigeren Themen weitergehen – das wäre der elegantere Stil.“ Da es innerhalb der LSU auch durchaus unterschiedliche Positionen zur freien Geschlechtswahl ab 14 Jahren gibt, wäre dieses Vorgehen auch aus Sicht der LSU (mindestens aus niedersächsischer Sicht) begrüßenswert.

# LSU rüstet sich für Oppositionsjahre

## Neuer Bundesvorstand gewählt / Anerkennung steht noch aus

**D**er Bundesverband der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) hat im November einen neuen Bundesvorstand gewählt. Corona-bedingt ein Jahr später als turnusgemäß vorgesehen, wurden in Berlin die Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt. Erneut wählten die Mitglieder der LSU Alexander Vogt aus Hessen zu ihrem Bundesvorsitzenden. Vogt wurde 2010 erstmals in dieses Amt gewählt und kündigte nun an, dass dies seine letzte Amtszeit sein soll.

Einer seiner drei Stellvertreter wurde wiedergewählt: Mario Röllig aus Berlin. Charline Köhler (Thüringen) und Philipp Pohlmann (Nordrhein-Westfalen) kandidierten nicht erneut für die Stellvertreter-Posten. Diese Plätze werden nun von Matthias Block-Löwer (wie Vogt aus Hessen) und Thomas W. Schmitt (Saarland) eingenommen. Schmitt ist zudem für die Pressearbeit des Verbands zuständig. Die Niedersächsin Petra Többe wurde zur Schatzmeisterin gewählt. Sie übernimmt diese Aufgabe von Uwe Bruchhausen (Nordrhein-Westfalen), der sich künftig nur noch um die Mitgliederbetreuung kümmern wird – ein Aufgabenfeld, das zuletzt stark angewachsen ist. Bundesgeschäftsführer ist erneut Konrad Bauer aus dem Saarland. Arun Dasgupta (Nordrhein-Westfalen) übernimmt die Aufgabe des Schriftführers. Darüber hinaus wurden mehrere Beisitzer gewählt: Michel Annink (Niedersachsen), Norbert Atorf (Nordrhein-Westfalen), Dirk Braitschink (Berlin), Matthias Eitenbenz (Niedersachsen), Christian Gebhardt-Eich (Saarland), Laura Kasprowski (Nordrhein-Westfa-



len), Miriam Kempte (Hessen) und Jakob Schneider (Bayern). Darüber hinaus gehören auch die Landesvorsitzenden der LSU dem Bundesvorstand mit beratender Stimme an.

Geehrt wurde auf der Bundesmitgliederversammlung der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Kaufmann. Die LSU ernannte ihn zum „Förderer“. Kaufmann hatte die Gruppe der sogenannten „Wilden 13“ koordiniert, einen informellen Kreis von CDU/CSU-Abgeordneten, die sich für die Belange von LSBTI einsetzen. Zusammen mit seinem Fraktionskollegen Jan-Marco Luczak (Berlin) warb Kaufmann zuletzt besonders für die Erweiterung des Artikels 3 unseres Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität.

Inhaltlich beschäftigte sich die Bundesmitgliederversammlung der LSU zunächst mit der neuen Rolle der Union in der Opposition. In der sogenannten „Berliner Erklärung“ formuliert die LSU ihre Rolle in dieser neuen Konstellati-

on (mehr dazu auf der nächsten Seite). Außerdem verabschiedete die Mitgliederversammlung ein Positionspapier zur Familienpolitik mit dem Titel „Kinder. Eltern. Familie. Für Vielfalt in Verantwortung“. Über die konkreten Inhalte dieses Papiers informieren wir in der nächsten Ausgabe des Unioncorn ausführlich. Gleiches gilt für einen Antrag zum Thema Gesundheitsförderung.

Mehrere Satzungsfragen wurden vertagt. Dabei ging es etwa um veränderte Regelungen zur Gründung von Kreis- und Landesverbänden (Antrag aus Niedersachsen) oder die Anstellung eines hauptamtlichen Bundesgeschäftsführers. Da die Satzung der LSU nach der geplanten Anerkennung durch die CDU Deutschlands ohnehin noch angepasst werden muss, sollen diese Schritte dann gemeinsam erfolgen. Diese Anerkennung musste derweil noch einmal verschoben werden, da der nächste Bundesparteitag erneut nur digital tagen wird.

# Für eine bürgerliche LSBTI-Politik

## LSU Bundesverband beschließt Berliner Erklärung

Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl am 26. September 2021 und den nunmehr laufenden Verhandlungen zur Bildung einer Ampel-Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP, werden CDU und CSU aller Voraussicht nach im Dezember dieses Jahres auf den Oppositionsbänken im Deutschen Bundestag Platz nehmen müssen. Infolgedessen hat der scheidende CDU-Bundesvorsitzende Armin Laschet MdB am 20. Oktober 2021 anlässlich des 71. Jahrestags zur Erinnerung an den Gründungsparteitag der CDU betont, dass es in den gegenwärtig und künftig herausfordernden Zeiten mehr denn je auf die Christdemokratie ankommen wird. Die Aufgabe der Union sei es deshalb in den nächsten Jahren konstruktive Oppositionspolitik im Bundestag zu machen. Für ihn heißt das nicht schrill, laut und populistisch in Erscheinung zu treten, sondern kluge Alternativen aufzuzeigen, um spätestens in vier Jahren auch wieder regierungsfähig zu werden. Der Anspruch der Union sei es, die Zukunft zu gestalten und unser Land gut zu führen.

Der Bundesverband **Lesben und Schwule in der Union (LSU)** fordert diesen Anspruch auch mit Blick auf die Politik der Union für queere Menschen ein. Konstruktive Oppositionspolitik drückt sich aus Sicht der LSU auch im Aufzeigen sachgerechter Alternativen zu reformbedürftigen Gesetzen aus, zum Beispiel bei zeitgemäßen rechtlichen Regelungen für Transmenschen oder der Einführung eines modernen Familienrechts, welches auch Regenbogenfamilien und deren



Kindern eine rechtlich gesicherte Lebensgrundlage bietet. Neben der Einbringung eigener Gesetzesentwürfe im Parlament muss die Union alle parlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um als Oppositionspartei Alternativen zur Regierungspolitik der künftigen Ampelkoalition im Bereich der LSBTIQ-Politik aufzuzeigen. Dabei kommt es auch darauf an Widersprüche in der Politik der drei Ampelparteien deutlich zu machen. Eine Möglichkeit stellt zum Beispiel die Einbringung konstruktiver Anträge zu LSBTIQ-relevanten Themen im Plenum des Bundestags dar. Als LSU sehen wir für die Union die Chance ein eigenständiges Profil bei der LSBTIQ-Politik im Parlament zu entwickeln, die dann auch Teil einer künftig wiedererlangten Regierungsfähigkeit sein kann. Erstmals seit 16 Jahren ist die LSU nicht mehr in der Vermittlerrolle zu den Regierungsparteien, sondern steht künftig an der Seite zweier Oppositionsparteien. Als

LSU sind wir uns bewusst, dass wir als Organisation von nicht mehr an der Regierung beteiligten Parteien nunmehr eine andere Rolle und Herangehensweise annehmen und finden müssen. Dabei sind wir bereit zum programmatischen Halt bei LSBTIQ-politischen Themen in der Union beizutragen und wollen weiterhin aktiv im Gespräch mit Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur LSBTIQ-Politik in Deutschland bleiben. Für den Erfolg von FDP und GRÜNEN bei Jung- und Erstwählern waren nicht zuletzt umkämpfte gesellschaftspolitische Themen ursächlich, gerade eben auch LSBTIQ-politische Themen wie die Schaffung zeitgemäßer rechtlicher Regelungen für Transmenschen, die Aufhebung des Blutspendeverbots für Homosexuelle, die Reform des Abstammungsrechts oder die Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz, um das Merkmal der sexuellen (und auch geschlechtlichen) Identität. Bei letzterem wird es nicht zuletzt auf die Stimmen der Union ankommen, denn für Gesetzesbeschlüsse die das Grundgesetz ändern ist eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag erforderlich. Die Union hat bei diesen Themen lange -vielleicht zu lange- überholte Standpunkte verteidigt oder Entscheidungen hinausgezögert. Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass die Stimmen der Jugend nicht automatisch linken Parteien zuzuordnen sind. Es wird Aufgabe der Union sein, den (bürgerlichen) Nachwuchs künftig nicht mehr den Liberalen und den Grünen zu überlassen.

BERLIN, 7. November 2021  
DER LSU BUNDESVERBAND



# Sind Hannovers Bürger\*innen rechtens?

Sven Alexander van der Wardt warnt vor Kampf der Gutachten

**A**nfang des Jahres hat die Stadtverwaltung ein Gutachten zur Rechtmäßigkeit der 2019 eingeführten geschlechtergerechten Verwaltungssprache öffentlich gemacht. Die beauftragte, in Sachen Geschlechterstudien einschlägig bekannte Juristin, die 2020 auf Vorschlag der Linksfraktion ins Berliner Landesverfassungsgericht gewählt worden war, kommt zu dem Ergebnis, dieser Schritt sei nicht nur rechtmäßig, sondern gleichsam durch das Grundgesetz geboten.

Auch wenn die Argumentation des Gutachtens sicher nachvollziehbar ist, so ist seine Provenienz sicher bemerkenswert. Und wie so oft gilt natürlich auch hier, dass damit nicht die letzte, absolute Wahrheit ausgesprochen wurde. So kontrovers – manchmal fast religiös – wie das Thema „gendergerechte Sprache“ bereits diskutiert wurde, gibt es inzwischen zahllose Beiträge namhafter Personen aus allen Professionen – zuletzt äußerte sich gerade erst Navid Kermani in einem Essay für die Wochenzei-

tung „DIE ZEIT“ sehr ausführlich und lesenswert zum Thema. Und so gibt in der Tat bereits juristische Gutachten, die zu einem anderen Ergebnis kommen als das hannoversche. Drei Juristen, vier Meinungen, so ist es halt. Das sinnvolle Ziel, zweifellos bestehende Diskriminierungen abzubauen, sollte aber nicht zu einem Kampf der Gutachten werden.

Ob der Ansatz, dem (für die allermeisten juristisch nicht geschulten Menschen ohnehin schon schwer verständliche) Amtsdeutsch eine Vorreiterrolle einzuräumen, der richtige ist, halte ich jedoch für sehr fraglich. Sprache hat sich immer entwickelt und verändert und wird dies auch weiterhin tun – von unten nach oben. Dass lange marginalisierte Gruppen in letzter Zeit vermehrt ihre Stimmen erheben und so fällige Diskussionen anstoßen, leistet hier einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Sensibilisierung. Ein hoheitlicher Verwaltungsakt kann und sollte diesen Diskurs aber nicht ersetzen.

Ich habe zudem Sorge, dass

dem berechtigten Anliegen ein Bärendienst erwiesen wird. Sprache ist für den Menschen mehr als nur eine „Ordnungsfunktion“, wie das Gutachten meint. Sie stiftet Identität und ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Wenn Sprache also inklusiv sein soll, dann darf sie die gesamte Breite der Gesellschaft nicht aus dem Blick verlieren. Stellt sich nun aber bei einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung das Gefühl ein, hier solle staatlicherseits aus ideologischen Gründen in ihren Alltag eingegriffen werden, kann dies zum Gegenteil von Akzeptanz und Toleranz führen. Ablehnung wird sich dann aber nicht nur gegen die Behörden richten – schlimm genug in diesen Zeiten – sondern schlimmstenfalls gegen eben jene ohnehin marginalisierten Gruppen. Das kann in Niemandes Interesse sein.

Und, wie schreibt Kermani zudem so treffend: „Wir sind nicht eindeutig, niemand von uns, weder ethnisch noch kulturell, weder psychologisch noch geschlechtlich (...)“. Ein schöner Ansatz.

# Neues aus Niedersachsen



Zuständig für den Wahlkampf:  
Sebastian Lechner, Generalsekretär  
der CDU in Niedersachsen  
(hier auf dem Programm-  
kongress in Celle).

## Niedersachsen springt weiter:

Mit einem Programmkongress in Celle startete die Niedersachsen-CDU in die Vorbereitungen für die Landtagswahl im Oktober 2022. In der aktuellen Beteiligungsphase bringt sich auch die Niedersachsen-LSU konstruktiv in die Programmarbeit ein: mit inhaltlichen Forderungen zu den Bereichen Sicherheit & Freiheit, Gesundheit, Europa & Regionales, Arbeitswelt und Familie.



## Das schrieb die CDU in Niedersachsen zum Welt-Aids-Tag am 1. Dezember:

Auch inmitten der Corona-Pandemie ist es wichtig, auf die Rechte von HIV-positiven Menschen weltweit hinzuweisen. Der heutige Welt-Aidstag steht unter dem Motto „Ungleichheiten beenden. Aids beenden. Pandemien beenden“ auch dafür, dass wir ein Miteinander ohne Vorurteile und Ausgrenzung leben.

Gemeinsam können wir etwas gegen Diskriminierung und Stigmatisierung von Betroffenen von HIV und Aids tun. Nicht nur heute ist die rote Schleife weltweit das Zeichen für unsere Solidarität mit den Betroffenen!